

Wärme- und Verkehrswende von links gestalten!

Antragssteller*innen: Patrick Gawliczek (KV Herne), Edith Bartelmus Scholich (Delegierte LAG AKL), Thomas Hovestadt (Delegierter LAG „Weg mit Hartz 4“), Judith Serwaty (KV Rhein-Sieg), Udo Hase (KV Krefeld), Ida Johanna Paul (KV Bochum), Helmut Born (Delegierter KV Düsseldorf), Sefika Minte (Delegierte KV Oberhausen), Benny Rosendahl (KV Essen), Bianca Austin (KV Steinfurt), Ulrich Thoden (KV Münster), Kreisverband Wesel, Kreisverband Rhein-Sieg

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen: DIE LINKE. NRW bekennt sich klar und eindeutig zu einer beschleunigten ökosozialen Verkehrs- und Wärmewende. Dies bedeutet im Einzelnen:

- Eine Sanierungsoffensive vor allem für schlecht isolierte und wenig nachhaltig beheizte Altbauten, dabei insbesondere für privat genutztes Eigentum Zuschüsse bei nicht ausreichendem Vermögen.
- Eine Ausbildungsoffensive für regenerative Heizsysteme wie Wärmepumpen sowie zur Gebäudesanierung wie auch für die zusätzliche Ausbildung von unabhängigen Energieberater*innen, die passende Maßnahmen zielgenau auswählen und unterstützen können.
- Ein möglichst schnelles Verbot des Einbaus neuer fossiler Heizungen.
- Sonderprogramme für den Ausbau von wärmegeprägten und dekarbonisierten Fernwärme- und Niedertemperaturwärmenetzen mitsamt Speichern.
- Eine Vergesellschaftung von Wohnraum, dessen Besitzer*innen ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung nicht gerecht werden.
- Massiver Ausbau des ÖPNV und der Fahrradweg-Infrastruktur in NRW.
- Perspektivisch ein kostenloser ÖPNV sowie die sofortige Einführung eines 9 Euro-Sozialtickets in NRW.
- Ein Bekenntnis zur Antriebswende sowie ein deutlich früheres Verbot fossiler Antriebe als 2035.

Flankiert werden müssen diese Maßnahmen mit deutlichem sozialen Ausgleich. Die Kosten müssen so verteilt werden, dass Wohlhabende stark beansprucht werden, Geringverdiener*innen und andere Menschen in Armut dagegen aber ökonomisch profitieren. Insbesondere dürfen bei Sanierungen oder Nachrüstungen der Heiztechnik die Mietsteigerungen nicht die Einsparungen bei den Energiekosten übersteigen.

Begründung:

Immer wieder wird ein vermeintlicher Widerspruch zwischen Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit aufgemacht, der in der Form gar nicht existiert. Leider wird dieser auch immer wieder von Mitgliedern unserer Partei, zum Teil auch von MdB konstruiert. Eine beschleunigte Reduktion der CO₂-Emissionen Deutschlands hin zur CO₂-Neutralität ist geboten, wenn die Klimaerwärmung noch auf ein erträgliches Maß begrenzt werden soll. Statt Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit als zwei isolierte Themenfelder zu begreifen, muss der Begriff der Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt einer in die Zukunft gerichteten sozialistischen Partei gestellt werden.

Neben Maßnahmen, die wir als Partei stark in den Fokus rücken, wie einem kostenlosen ÖPNV, braucht es zusätzlich auch ein schnelleres Verbot von fossilen Technologien bei der Wärmeproduktion und zum Antrieb von PKW. Denn Heizungen oder PKW, die heute produziert werden, können zum Teil 15 bis 20 Jahre oder gar länger betrieben werden. Die Notwendigkeiten des Klimawandels erfordern jedoch, dass Deutschland bis spätestens zum Jahr 2035 CO₂-neutral wird, wie es immer wieder von Wissenschaftler*innen betont wird. Eigentlich kommen viele der Maßnahmen jetzt schon zu spät.